

**03.12.2021**

## **„Impfangebot im Kreis muss ausgebaut werden!“**

### **SPD-Kreistagsfraktion fordert deutliche Ausweitung der Impfaktivitäten im Kreis**

„Die Menschen wollen sich impfen lassen und gleichzeitig steigt auch der Impfdruck durch den dramatischen Verlauf der vierten Welle weiter. Das muss mit einem ausreichenden, niedrighschwelligem Impfangebot korrespondieren“, stellt der Vorsitzende der SPD-Kreistagsfraktion, Dierk Timm, fest.

Deshalb habe seine Fraktion die kurzfristige Einrichtung eines entsprechenden Tagesordnungspunkts für den Kreistag am kommenden Donnerstag beantragt. „Angesichts der pandemischen Entwicklung und der politischen Dynamik, steht die Dringlichkeit für uns außer Frage. Uns ist wichtig, dass wir das Impftempo deutlich erhöhen. Das kann nicht bis zur nächsten Sitzungsrunde im kommenden Frühjahr warten“, erläutert Timm.

Daniel Dobbstein, stellvertretender Fraktionsvorsitzender und SPD-Landtagskandidat, ergänzt: „Je mehr Impfungen wir schnell verabreichen können, desto besser. Rechnerisch sind 5.000 Impfungen pro Tag die Untergrenze, um eine zeitnahe Verabreichung der Boosterimpfungen und eine Schließung der Impflücke zu erreichen. Gerade bei den Menschen, die bisher nur mit dem Wirkstoff von Astra Zeneca geimpft wurden, muss zügig nachgeimpft werden. Zumal dies viele Beschäftigte in besonders gefährdeten Bereichen, wie Kindergärten oder Schulen, betrifft.“

Die Sozialdemokraten betonen: „Der Fehler bei der zeitweisen Schließung des Impfzentrums darf uns jetzt nicht dauerhaft hinter der Entwicklung herrennen lassen. Uns ist klar, dass die Belastungssituation im Kreisgesundheitsamt hoch ist. Aber das gilt auch für das Gesundheitssystem, Familien mit Kindern oder Menschen in besonders vulnerablen Gruppen. Wir brauchen jetzt noch einmal eine besondere Kraftanstrengung, anders geht es nicht.“

*Impfmöglichkeiten (Aktionen und ein Ärzteverzeichnis) finden sich unter:*

*<https://coronaimpfung.nrw/impfaktionen>.*

*Impfmöglichkeiten für unter 5-11 Jährige unter: <https://u12schutz.de>*

## **Pandemie beenden - Impfpflicht einführen**

### **Beschluss des Kreisvorstandes der Rhein-Erft SPD**

einstimmig beschlossen am 30.11.2021

Das Coronavirus hat Deutschland im Griff – wieder einmal. Unser Land steht heute am selben Punkt wie vor einem Jahr, die 7-Tage-Inzidenz ist so hoch wie nie und die Intensivstationen sind hilflos überlastet. Der einzige Weg aus der Pandemie ist und bleibt die Impfung. Eine Impfung verringert das Risiko sich selbst anzustecken, senkt die Wahrscheinlichkeit eines schweren Verlaufs und mindert die Ansteckungsgefahr, die von einer infizierten Person ausgeht. Doch von einer Herdenimmunität ist Deutschland weit entfernt, die aktuelle Impfquote von 67% (Stand 18.11.) ist viel zu gering. In großen Teilen Westeuropas blickt man erstaunt nach Deutschland: Frankreich und Italien haben schon früh strikte Maßnahmen beschlossen, um eine höhere Impfquoten zu erreichen. Spanien und Portugal haben sogar Impfquoten von über 80% erreicht. In den beiden Staaten herrschen aktuell kaum Beschränkungen, die 7-Tage-Inzidenz ist in allen vier Ländern

weit unter der deutschen. Österreich reagierte kürzlich auf die hohen Inzidenzen, verhängte einen absoluten Lockdown und plant die Einführung einer Impfpflicht.

Die Gründe für fehlende Impfbereitschaft sind vielfältig, nur die wenigsten Impfverweigerer\*innen befinden sich allerdings in Fundamentalopposition. Vielmehr sind sie aufgrund von gezielten Falschinformationen aus Kreisen der Coronaleugner\*innen oder falscher Interpretation von Nachrichten und Fakten verunsichert. Mit einer klaren Verordnung sich impfen zu lassen und einer gleichzeitigen Informationskampagne kann man diese Menschen sicherlich zu einer Impfung bewegen.

Wir fordern daher die Einführung einer allgemeinen Impfpflicht für alle Bürgerinnen und Bürger ab 12 Jahren und die Einführung einer allgemeinen Impfpflicht für jüngere Kinder, sobald die ständige Impfkommission eine Impfung empfiehlt. Ausgenommen sollen nur Personen sein, die sich aus medizinischen Gründen nicht impfen lassen können.

Die Impfpflicht wird durchgesetzt über eine durch die Kommunen koordinierte Abfrage des Impfstatus. Hierzu soll eine Möglichkeit geschaffen werden über die Coronawarnapp oder CovPass App der Bundesrepublik Deutschland diesen einfach und schnell an die Kommune melden zu können. Natürlich müssen papierhafte Meldungen ebenfalls möglich sein.

Bis zur Durchführung der allgemeinen Kontrolle des Impfstatus soll eine Übergangsfrist von 10 Wochen für Ungeimpfte und Genesene gelten. Ebenfalls Nachimpfen müssen sich alle Personen mit Vektorimpfstoffen, deren Impfung älter als 4 Monate ist und Personen an deren Impfung (in Teilen) mRNA Impfstoffe beteiligt waren, deren Impfung älter als 8 Monate ist.

Diese Zeiten müssen sich an aktuellen wissenschaftlichen Erkenntnissen orientieren und daher regelmäßig überprüft werden. Insbesondere das Auftauchen neuer Virus-Varianten und Impfstoffe werden eine Anpassung nötig machen.

Dringend erforderlich ist zudem eine Ausweitung und Vereinfachung der Impfangebote. Zusätzlich soll in einer Informationskampagne über die Impfung aufgeklärt werden. Dabei sollen bekannte Verschwörungserzählungen und kursierende Unwahrheiten widerlegt werden. Es ist zu überlegen, ob das großflächige Verbreiten von Lügen in diesem Kontext unter Strafe zu stellen ist (Facebookgruppen, YouTubeVideos, Telegrammkanäle).

Die aktuelle Entwicklung des Infektionsgeschehen wird auch durch die Einführung einer Impfpflicht nicht mehr aufzuhalten sein, wir können uns so aber gegen die künftigen Wellen und Lockdowns wappnen. Nur durch eine Impfpflicht können wir die Pandemie wirklich besiegen und den Kreislauf zwischen Lockerungen und Lockdowns durchbrechen.

Wir müssen nun alle Kräfte darauf vereinen im Jahr 2022 endlich in eine endemische Lage zu kommen. Eine Durchseuchung mit weiteren 100.000 Toten ist inakzeptabel.

## **Großer Zuspruch für Koalitionsvertrag**

### **Rhein-Erft SPD diskutierte online die Grundlage der Fortschrittskoalition**

Auf einer gut besuchten Online-Diskussion am gestrigen Abend, diskutierte die Parteispitze der Rhein-Erft SPD mit ihren Mitgliedern über den Entwurf des Koalitionsvertrags der designierten Ampelkoalition. Am Ende der Veranstaltung empfahlen die Teilnehmer\*innen ohne Gegenstimmen den Delegierten der Rhein-Erft SPD auf dem anstehenden Bundesparteitag der SPD dem Koalitionsvertrag zuzustimmen.

Die einzelnen Teile des Koalitionsvertrags wurden dabei zunächst vorgestellt. Anschließend wurden die einzelnen Abschnitte diskutiert. Die Bundestagsabgeordnete Dagmar Andres, Vorsitzende der Rhein-Erft SPD, übernahm dabei die Vorstellung der finanzpolitischen Vereinbarungen: „Die vorgelegte Vereinbarung macht Hoffnung, dass Deutschland sich endlich mit Dynamik und Entschlossenheit den Zukunftsaufgaben stellt. Ich freue mich auf vier Jahre Arbeit in der Fortschrittskoalition.“

Daniel Dobbstein, Mitvorsitzender der Rhein-Erft SPD, fasst den Abend zusammen: „Dafür, dass hier drei Parteien unter einen Hut gebracht werden mussten, ist ein sehr gutes, konstruktives Ergebnis dabei herausgekommen. Ganz wesentliche Punkte des SPD-Zukunftsprogramm sind Kerninhalt des

Koalitionsvertrags. Dies hat, wie auch die ruhigen und vertrauensvollen Koalitionsverhandlungen, unsere Mitglieder überzeugt. Ich glaube alle sind froh, dass es nun endlich voran gehen kann in diesem Land.“

Neben Dagmar Andres übernahmen folgende Expert\*innen die Vorstellung der einzelnen Themenbereiche:

Dierk Timm (Infrastruktur und Mobilität)

Simone Weesbach (Bildung)

Helmut Halbritter (Soziales)

Sascha Solbach (Strukturwandel)

Torsten Rekewitz (Familie)

Helge Herwegen (Arbeit)

Aaron Spielmanns (Wahlrecht und Jugend)

Daniel Dobbelstein (Digitales)

## **NRW ist Schlusslicht beim Strukturwandel – das ist die Bilanz der Landesregierung.“**

### **Sozialdemokraten ordnen den Maßnahmenkatalog des NRW-Wirtschaftsministers zum Strukturwandel ein**

Der 10-Punkte-Plan für eine Beschleunigung des Strukturwandels von NRW-Wirtschaftsminister Andreas Pinkwart wird von den Sozialdemokraten im Rhein-Erft-Kreis mit gemischten Gefühlen betrachtet. Minister Pinkwart hat Recht, wenn er davon spricht, dass als Voraussetzung für einen schnelleren Kohleausstieg die Versorgungssicherheit mit Strom gewährleistet sein muss und die Strukturfördermittel nun schneller und zielgerichtet eingesetzt werden müssen. Das ist klar. Vor allem die Beschäftigten in den Tagebauen, Kraftwerken und den Zuliefererfirmen, aber im Grunde die gesamte Region, brauchen dringend überzeugende Perspektiven mit neuen guten Arbeitsplätzen im Rheinischen Revier. Das bleibt der Minister, das bleibt die Landesregierung weiter schuldig.

Daniel Dobbelstein, Vorsitzender der Rhein-Erft SPD, wird deutlich: „Von Minister Pinkwart hören wir seit Jahren die gleichen Schlagworte. Es wird höchste Zeit, dass er endlich auch einmal abliefert. Alles was der Minister vorschlägt ist nicht neu, stammt nicht zuletzt in weiten Teilen aus den Anträgen und Forderungen der SPD und hätte schon längst in der Umsetzung sein können.“

„Schon Ende April 2021 hat die Landesregierung mit den Anrainerkommunen einen Reviervertrag unterzeichnet. Dort wurde vereinbart, eine Sonderplanungszone für die Kommunen einzurichten. Seitdem ist ein halbes Jahr vergangen und nichts passiert. Jetzt kommt die nächste Ankündigung, dass es bald losgeht ohne konkret zu werden.“, legt Dobbelstein nach.

Der Vorsitzende der SPD Kreistagsfraktion, Dierk Timm, erinnert an die Neufassung des Landesentwicklungsplan 2018/2019: „Damals ist es uns gelungen, dass der Kreistag einstimmig die Landesregierung auffordert, entsprechende Regelungen zu fassen. Dies war eine lange Forderung der SPD, die es in den Koalitionsvertrag von CDU und FDP geschafft hatte. Mit dem Landesentwicklungsplan hätte man das umsetzen können. Aber CDU und FDP haben damals bewusst darauf verzichtet. Sollten sie inzwischen zur Einsicht gekommen sein, wäre es schade um die verschwendeten Jahre. Aber ich glaube erst daran, wenn ich es sehe.“

Der Bedburger Landtagskandidat Bernd Coumanns weist auf die traurige Bilanz der Landesregierung hin: „Wenn Minister Pinkwart Ende November davon spricht, dass im Rheinischen Revier bereits 30 Projekte bewilligt worden sind, hinkt NRW im Vergleich zu den anderen Bundesländern mit Kohleregionen hinterher. Der von Bundeswirtschaftsminister Altmaier im Bundeskabinett Anfang November vorgestellten Berichts zur Umsetzung des Investitionsgesetzes Kohleregionen zeigt den Rückstand von NRW deutlich auf. In den

anderen Revieren waren bereits mit Stand 31.08.2021 zwischen 28 Projekten im Mitteldeutsches Revier (Sachsen), 55 Projekten in der Lausitz im Land Brandenburg und 56 Projekte im Land Sachsen (Lausitzer Revier) von den jeweiligen Landesregierungen bestätigt worden. Damit ist NRW Schlusslicht.“, kritisiert Coumanns.

Auch bei einem weiteren Punkt ordnet der Bedburger die Worte des Ministers passend ein: „Wenn der Minister den Ausbau erneuerbarer Energien vorantreiben will, kollidiert dies mit der faktischen Blockade des Windkraftausbaus durch die Landesregierung. Hier passen Reden und Handeln einfach nicht überein.“

Für Bürgermeister Sascha Solbach ist die Vergabe der Fördermittel über das Sterne-Verfahren bei der Zukunftsagentur Rheinisches Revier viel zu kompliziert, bürokratisch und langwierig: „Seit Jahren kritisieren die Bürgermeister der Anrainerkommunen, dass es von Seiten der Landesregierung keine qualitätssichernden Kriterien für die Verwendung der 15 Milliarden Euro Strukturmittel gibt und keine Investitionsförderung für Unternehmen, die neue tariflich gesicherte industrielle Arbeitsplätze schaffen wollen. Diese Kritik muss von der Landesregierung endlich ernst genommen werden. Bei der Zukunftsagentur und der Landesregierung muss es endlich einen Ruck geben, die Verfahren deutlich zu vereinfachen. Ideen und Tatkraft gibt es in der Region genug.“, stellt Solbach klar.

Die Sozialdemokraten betonen: „Seit vielen Jahren begleiten wir konstruktiv Kohleausstieg und Strukturwandel. Bei vielen Themen ist schon lange klar, was passieren muss. Seien es schnelle Planverfahren oder Personalaufstockungen für Planung und Genehmigung. Die Zeit des Redens ist lange vorbei, irgendwann muss die Landesregierung hier auch abliefern. Was leider bisher völlig fehlt, ist ein klarer Fokus auf die Förderung neuer, guter Arbeitsplätze. Hier werden wir nicht lockerlassen.“

**+++ Morgen: Beratung und Beschluss des Koalitionsvertrages auf Bundesebene +++**

**Außerordentlicher  
Bundesparteitag**

**4.  
Dezember  
2021**

**ab 11 Uhr  
live auf SPD.DE**